



Regierungsratsbeschluss vom 27. April 2021

Antrag Beatrice Messerli und Barbara Heer auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Wahrnehmung des Parlamentsmandates während des Mutterschaftsurlaubs

P205246

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Generalsekretariat der Bundesversammlung.

Begründung

Auf Beschluss des Grossen Rates wird beim Bundesparlament die Standesinitiative betreffend Wahrnehmung des Parlamentsmandates während des Mutterschaftsurlaubs eingereicht. Frauen sollen nach der Geburt eines Kindes ihr nebenamtliches Parlamentariermandat wahrnehmen können, ohne den Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung zu verlieren. Die Ziele des Mutterschaftsurlaubs – Förderung einer engen Mutter-Kind-Bindung und Verhinderung eines zu frühen Wiedereinstiegs in die Erwerbstätigkeit – sind nicht in Gefahr, wenn die Mutter für einige Stunden an parlamentarischen Sitzungen teilnimmt.

